



Die Not der pflegebedürftigen Menschen

Die Not der Pflegekräfte

Die Not der Pflegeeinrichtungen



Die Not der pflegebedürftigen Menschen

Steigende Kosten

Allseits bekannt ist, dass die Kosten für die Inanspruchnahme von Pflegeleistungen stetig steigen – sowohl für ambulante Pflegeleistungen als auch für die stationäre Unterbringung.

Die Gründe hierfür sind:

- ▶ Personalkostensteigerungen von bis zu 30 % aufgrund der Tariftreuepflicht
- ▶ Inflationsrate in Höhe von 7,9 % allein für das Jahr 2022
- ▶ Inflationsrate zwischen 6,1 % und 8,7 % im Jahr 2023 bislang
- ▶ Kostenexplosion, insbesondere im Bereich der Energie- und Kraftstoffversorgung

Unzureichende Leistungserhöhungen

Die Leistungen der Pflegeversicherung sehen keine ausreichende Kompensation für die Kostensteigerungen vor.

Die Pflegesachleistungen der Pflegeversicherung werden im (teil-)stationären Pflegebereich nicht erhöht. Die Zuschüsse zu den pflegebedingten Aufwendungen sind unzureichend.

Im ambulanten Bereich ist eine Erhöhung der Leistungen von 5% vorgesehen, aber erst zum Jahr 2024.

Das bedeutet, dass ein pflegebedürftiger Mensch weniger Leistungen für das ihm zustehende Budget erhält.

Es findet also eine faktische Absenkung des finanzierten Anteils der Pflegeleistungen statt. Wenn der Pflegebedürftige nicht auf notwendige Leistungen verzichten will, d.h. weiterhin die Leistungen in Anspruch nehmen will, die er in der Vergangenheit zu Lasten der Pflegeversicherung bezogen hat, muss er diese nunmehr selbst zahlen.

Zunahme des Armutrisikos

Diese allgemeinen Kostensteigerungen betreffen pflegebedürftige Menschen genauso wie die übrige Bevölkerung. Dazu kommen nun – wie oben dargestellt – vermehrte Kosten, um die erhaltene Pflege auf dem gleichen Niveau zu halten.

Es wird damit mehr Menschen treffen, die nunmehr allein aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Die Sozialhilfeträger sind bereits jetzt landauf und landab überfordert! Pflegebedürftige sehen sich aktuell bereits langen Wartezeiten (teilweise mehr als sechs Monate) im Rahmen ihrer Antragsverfahren ausgesetzt.

Verzicht auf notwendige Pflege

Es besteht die akute Gefahr, dass pflegebedürftige Menschen die benötigte Pflege aus finanziellen Gründen nicht mehr in Anspruch nehmen.

Die schwerwiegenden Folgen für die Gesundheit und die Würde der Betroffenen liegt auf der Hand.

Unsere Forderungen

Die aktuelle Entwicklung, die faktisch eine Abwertung von Pflegeleistungen darstellt und einseitig die pflegebedürftigen Menschen belastet, muss sofort gestoppt werden.

Absehbare Kostensteigerungen dürfen sich nicht zu Lasten der pflegebedürftigen Menschen auswirken, sondern sind unmittelbar durch eine entsprechende Anhebung der gesetzlichen Leistungsbeträge auszugleichen. Hierzu ist ein fachlich fundiertes Verfahren abzustimmen, dass eine regelhafte und unmittelbare Dynamisierung der im Gesetz vorgesehenen Sachleistungsbeträge bewirkt.

Die Einführung einer steuerfinanzierten Pflege-Vollversicherung ist unausweichlich.

Die Not der Pflegekräfte

Steigende Belastung

Rund 40 % der Pflegekräfte denken nach einer Studie¹ darüber nach, dem erlernten Beruf den Rücken zu kehren, obwohl die Gehälter in der Pflege in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen sind.

Die Zahl der Pflegebedürftigen ist in den letzten Jahren stetig angestiegen und steigt laut Statistischem Bundesamt² weiter an: von rund 5 Millionen im Jahr 2022 auf rund 6,8 Millionen im Jahr 2055.

Die Anzahl der Pflegekräfte, um den stetig steigenden Bedarf zu decken, wächst bei weitem nicht in ausreichendem Maße. Gleichzeitig arbeiten drei Fünftel der Pflegekräfte nur in Teilzeitbeschäftigungen³.

Fast jede zweite Pflegeeinrichtung gibt daher in einer aktuellen bad-Umfrage⁴ ein verdichtetes Arbeitsaufkommen durch die Veränderungen in der jüngeren Vergangenheit an.

Unsere Forderungen

Um die Attraktivität der Pflegeberufe zu steigern, fordert der bad e. V. strukturelle Maßnahmen des Gesetzgebers zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflegeberuf und Familie. So ist Pflegekräften z. B. ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung einzuräumen, der die tatsächlichen Arbeitszeiten in der Pflege (Schichtdienst) auch abdeckt.

Die Pflegeberufe sind ferner durch eine größere Übertragung von Kompetenzen aufzuwerten, z. B. durch eine umfassende Verordnungsbefugnis im Bereich der ambulanten häuslichen Krankenpflege.

Auch die wirtschaftliche Attraktivität der Pflegeberufe muss weiter steigen. Hierzu bedarf es verbindlicher gesetzlicher Vorgaben, dass steigende Pflegelöhne in Gänze rechtsicher und unbürokratisch refinanziert werden müssen.

Die Zuwanderung von Pflegekräften ist notwendig. Dringend erforderlich sind vor allem beschleunigte und entbürokratisierte Verfahren. Insbesondere die zuständigen Stellen im In- und Ausland müssen personell deutlich besser ausgestattet werden.

Die Not der Pflegeeinrichtungen

Pflegeinfrastruktur in Gefahr

Eine jüngst durchgeführte bad-Umfrage⁴ zur wirtschaftlichen Lage der Pflegeeinrichtungen ergab, dass fast 80 % die Zukunftsaussichten ihres Betriebs als negativ einschätzen.

Laut Statistischem Bundesamt⁵ gab es bei den Gesundheitseinrichtungen allein von Januar bis April 2023 einen Zuwachs der beantragten Insolvenzverfahren von rund 250 % (von 27 auf 94).

Diese zumeist unverschuldete Entwicklung droht sich fortzusetzen und gefährdet die gesamtplanerische Versorgung in Deutschland.

Fehlende Refinanzierung enormer Kostensteigerungen

Laut bad-Umfrage⁴ können 66 % der Pflegeeinrichtungen ihre monatlichen Betriebsausgaben nicht mehr durch ihre Einnahmen decken.

Verursacht wurde dies maßgeblich durch **unzureichende Refinanzierung** sehr hoher Personal- und Sachkostensteigerungen (siehe „Die Not der pflegebedürftigen Menschen – Steigende Kosten“).

Ein Drittel der an der bad-Umfrage⁴ teilnehmenden Pflegebetriebe hat daher sein Personal reduzieren müssen.

Der bad e. V. hatte von Anfang an darauf hingewiesen, dass insbesondere die durch Einführung der Tariftreuepflicht entstandenen Kostensteigerungen über die Preise der Pflegeleistungen refinanziert werden müssen.

Genau diese Refinanzierung ist jedoch wegen des Widerstandes der Kranken- und Pflegekassen oft nicht vollständig bzw. nicht rechtzeitig erfolgt.

Die Bereitschaft, die entstehenden zusätzlichen Kosten schnell, unbürokratisch und vollumfänglich zu refinanzieren, war zumeist nicht vorhanden.

Die Problematik unzureichender und verspäteter Kostenrefinanzierung droht sich zudem zukünftig regelmäßig zu wiederholen, da die strukturellen Probleme bei der Refinanzierung von Kosten nicht behoben wurden.

(Fach-)kräftemangel in der Pflege

Schon heute haben wir viel weniger Pflegekräfte in Deutschland, als wir tatsächlich brauchen.

Diese Situation verschärft sich gerade dadurch, dass viele Pflegekräfte aus der „Baby-Boomer“-Generation in den Ruhestand gehen.

Der Pflegereport der Bertelsmann Stiftung⁶ prognostiziert, dass die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2030 um 50 % steigt und so bis zum Jahr 2030 fast 500.000 Vollzeitkräfte in der Pflege fehlen werden.

Die Personalsituation wird also immer dramatischer, was weitreichende Auswirkungen hat.

Jedes zweite Pflegeheim hat laut bad-Umfrage⁴ in den letzten 12 Monaten aufgrund von Personalmangel seine Bettenzahl reduziert oder einen Belegungsstopp erfahren. Das zahlreiche Pflegebedürftige keinen Pflegedienst für ihre Versorgung finden, ist mittlerweile an der Tagesordnung.

Finanzielle Reserven weitgehend aufgebraucht

Die teils fehlende und teils unzureichende Refinanzierung der explodierenden Kosten hat dazu geführt, dass viele Pflegeeinrichtungen erstmals seit ihrem Bestehen „rote Zahlen“ geschrieben haben und weiterhin schreiben.

Die bad-Umfrage⁴ hatte zum Ergebnis, dass 54 % der Verlust machenden Pflegeeinrichtungen auf betriebliche Rücklagen zurückgreifen müssen.

48 % haben (zusätzlich) ein Darlehen aufnehmen müssen oder greifen auf sonstige Rücklagen, wie z. B. Privatvermögen zurück, um die Existenz ihrer Einrichtung vorläufig zu sichern.

Betriebsschließungen von Pflegeeinrichtungen

Laut Statistischem Bundesamt⁵ gab es bei den Gesundheitseinrichtungen allein von Januar bis April 2023 einen Zuwachs der beantragten Insolvenzverfahren von rund 250 % (von 27 auf 94).

Laut pflegemarkt.com⁷ haben die Schließungen von Tagespflegen im ersten Halbjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 411 % zugenommen (von 18 auf 92). Gleichzeitig sind die Gründungen von Tagespflegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als 17 % zurückgegangen (von 173 auf 143).

Unsere Forderungen

Den beschriebenen, toxischen Entwicklungen ist schnell und effektiv durch gesetzliche Vorgaben entgegenzuwirken. Es ist sicherzustellen, dass Pflegeeinrichtungen ihre **Kosten vollumfänglich, schnell und rechtssicher refinanziert** bekommen.

Außerdem sind die Sachleistungen der Pflegeversicherung in dem Maße zu erhöhen, in dem die Kosten für die Pflegebedürftigen steigen, damit die zu refinanzierenden Leistungen in gleichem Umfang weiter in Anspruch genommen werden können.

Um günstige Rahmenbedingungen für stationäre Pflegeeinrichtungen zu schaffen, fordert der bad e. V. einen flexibleren Personaleinsatz. Außerdem sind in den Pflegesatzvereinbarungen geringere Auslastungsquoten anzusetzen.

Quellenangaben:

- 1) Altenpflege im Fokus 2021, Vincentz Network, 2022
- 2) Pflegevorausberechnung, Statistisches Bundesamt, 2023
- 3) Arbeitsmarktsituation im Pflegebereich, Bundesagentur für Arbeit, 2023
- 4) bad-Mitgliederumfrage vom August 2023
- 5) Insolvenzstatistik Januar-April 2023, Statistisches Bundesamt, 2023
- 6) Themenreport „Pflege 2030“, Bertelsmann Stiftung, 2012
- 7) Schließungen und Insolvenzen in der Pflege 2023, pflegemarkt.com, 2023



**Bundesverband Ambulante Dienste und
Stationäre Einrichtungen (bad) e. V.**

Bundesgeschäftsstelle
Zweigertstraße 50
45130 Essen
02 01 . 35 40 01

info@bad-ev.de
www.bad-ev.de